

## Bei der SPD schlagen die Wogen hoch

Gescheiterte Nominierung: Anträge der nicht Stimmberechtigten auf Mitgliedschaft abgelehnt

Von unserem Redaktionsmitglied  
Tina Kampf

Nach der gescheiterten Nominierung des Landtagskandidaten für den Wahlkreis Karlsruhe-West schlagen bei der SPD die Wogen hoch: Im Raum stehen der Vorwurf der Mausehelei – und offenbar auch die Sorge, dass die Kandidatenkür durch gezielte Parteieintritte manipuliert werden könnte.

Anfang Mai setzte sich in einer Kampfabstimmung Regina Schmidt-Kühner bei rund 200 abgegebenen mit nur zehn Stimmen Vorsprung gegen den stellvertretenden Kreisvorsitzenden Daniel Melchies durch. Zur Urne schritten dabei auch 27 Männer und Frauen, die nicht stimmberechtigt waren, weil über ihren erst kurz zuvor gestellten Mitgliedsantrag noch nicht entschieden war (die BNN berichteten). Inzwischen erhielten einige von ihnen die Mitteilung, dass sie als SPD-Mitglied abgelehnt sind. „Bis Pfingsten wurden mir rund zehn solcher Fälle bekannt“, bestätigt auf BNN-Nachfrage der SPD-Kreisvorsitzende Johannes Jung. Diese Entscheidung sei in den zuständigen Ortsvereinen gefallen – offenbar ist vorwiegend „Mitte“ betroffen.

„Zu den Gründen machen wir öffentlich keine Angaben“, erklärt Jung. Eine Partei habe aber immer die Möglichkeit, einen Antrag auf Mitgliedschaft abzulehnen, „das kommt immer mal wieder vor“. Bei den BNN meldeten

sich gestern mit Manfred Bodamer und Gerhard Lösch zwei Betroffene, die kein Verständnis für die Ablehnung haben. „Ich bin tief enttäuscht. Die Partei sollte sich über neue Mitglieder doch freuen“, sagt Bodamer, der eigenen Angaben zufolge schon sehr lange den Sozialdemokraten nahe steht. Am 20. Mai sei der Brief mit dem Nein bei ihm eingegangen – und zeitgleich noch der Mitgliedsbeitrag abgebucht worden, ärgert sich Bodamer, der betont, dass sein Eintrittsgesuch nichts mit der bevorstehenden Nominierung zu tun gehabt

### Betroffene erheben Vorwurf der „Mausehelei“

habe. Dennoch habe er sich kurz vor der Kandidatenkür telefonisch bei der SPD-Geschäftsstelle erkundigt, ob er wahlberechtigt ist – was bejaht worden sei. Ebenso wie Lösch habe er am Abend auf der Liste gestanden und einen Wahlschein erhalten.

Sowohl Lösch als auch Bodamer stimmten eigenen Angaben zufolge für Schmidt-Kühner – und sprechen nun offen von „Mausehelei“. „Offenbar will man nicht, dass wir mitwählen“, so Bodamer. Bestärkt sehen sich die beiden Abgelehnten in ihrer Einschätzung durch den Umstand, dass die neuerliche Wahl nicht wie zunächst angekündigt im Juli, sondern schon am 10. Juni in der Euro-

pahalle stattfindet. „Ich glaube nicht, dass wir bis dahin stimmberechtigt sind“, sagt Lösch, der ebenso wie Bodamer Einspruch gegen die Entscheidung des Ortsvereins einlegen will.

Über den muss der Kreisverband und bei Bedarf in einem weiteren Schritt der Landesverband entscheiden. Auch die SPD-Zentrale in Berlin sei über das Geschehen in Karlsruhe informiert worden – das einige hiesige Sozialdemokraten mit Entsetzen verfolgen. „Außerst peinlich und unnötig“ seien die Streitereien, die einige auf private Konflikte der Beteiligten untereinander zurückführen.

Yves-Jerome Bodamer, der Sohn des abgelehnten Manfred Bodamer, hatte so am Abend der Wahl bei der Aussprache die Kompetenz Melchies in Frage gestellt. Andere Redner sprachen danach davon, dass beide schon längere Zeit verfeindet seien. Während die Abgelehnten eine Begünstigung Melchies fürchten, reden andere von einer gezielten Stimmungs- mache gegen ihn.

Jung bezeichnet die aktuelle Entwicklung als „unschön“. Er könne nicht erklären, warum nicht Berechtigte zur Abstimmung zugelassen wurden.

Nun sei es in Anbetracht des engen Ergebnisses aber wichtig, den Fehler zu korrigieren – und zwar so schnell wie möglich. Nicht davon betroffen ist die Nominierung von Johannes Stober im Wahlkreis Ost, der keinen Gegenkandidaten hatte.

## Streit bei Freien Wählern im Südwesten spitzt sich zu

Zwei Gruppen auf Konfrontationskurs zum Landesverband

Karlsruhe (cat/lsw). Im Lager der Freien Wähler spitzt sich der Streit um eine Teilnahme an der Landtagswahl im kommenden Jahr zu. Schon zwei unterschiedliche Gruppen wollen bei der Wahl am 27. März 2011 antreten. Sie gehen damit auf Konfrontationskurs zu dem seit 1956 bestehenden Freie Wähler Landesverbandes Baden-Württemberg. Dieser lehnt bisher eine Beteiligung an Landtagswahlen strikt ab. Die Gründer der neuen Organisationen wollen nun eine völlig Zersplitterung der im Südwesten traditionell kommunalpolitisch starken Freien Wähler verhindern.

„Wir werden jetzt den Kontakt zu Gruppierungen im ganzen Land ausbauen“, sagte der Vorstandsvorsitzende der „Landesvereinigung Freie Wähler Baden-Württemberg“, Ulrich Mentz. „Ich bin jederzeit gesprächsbereit“, sagte auch der Vorsitzende des Landesverbands der „Vereinigung der freien Wähler Gemeinschaften“ (FWG Die Freie), Martin Linek aus Karlsruhe. „Wenn die Freien Wähler glaubwürdig bleiben wollen, dürfen sie auf Landesebene nicht unbeteiligt zuschauen“ sagte Mentz, dessen Vereinigung bisher 25 Mitglieder hat. „Das geht nur, wenn wir mit ei-

genen Abgeordneten im Landtag vertreten sind.“ Die Landesvereinigung sei eine „notwendige Ergänzung“ und keine Konkurrenz zu den Orts- oder Kreisvereinen. Er hoffe auch, „dass man mit dem Landesverband eine Übereinkunft findet“. Lineks Gruppierung zählt bereits rund 100 Mitglieder. „Im Land gibt es ganz viele Leute mit dem gleichen Ziel, sie ziehen nur bisher nicht an einem Strang“, sagte er mit Blick auf die Landtagswahl.

Der Freie Wähler Landesverband unter Heinz Kälberer hatte sich Mitte April ausdrücklich gegen eine Parteigründung ausgesprochen – mit einer Mehrheit von 246 von

### Karlsruher Vereinigung zählt rund 100 Mitglieder

248 Delegierten. Kälberer kündigte an, im Fall des Falles juristisch gegen die Verwendung des Begriffs „Freie Wähler“ vorzugehen – und damit gegen die „Rebellen“. Dem Verband gehören etwa 10 000 Aktive in Baden-Württemberg an. Sie stellen mehr als 8 000 Gemeinderäte und mehr als 500 Kreisräte im Südwesten. Bis zum 27. Januar 2011 müssen nach Angaben der Landeswahlleiterin Christiane Friedrich alle Gruppen im Land ihre Anträge auf Zulassung zur Wahl einreichen. Danach entscheiden die Kreiswahlausschüsse.